

Deutschland hat Zukunft Pflege zukunftssicher machen

Mittwoch, 5. Juli 2017 um 9:00 Uhr

hbw Haus der Bayerischen Wirtschaft, ConferenceArea, Europasaal

Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Begrüßung

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Stracke,
sehr geehrter Herr Dr. Halldorn,
sehr geehrter Herr Erdmeier,
meine Damen und Herren,
herzlich willkommen im Haus der Bayerischen
Wirtschaft!

Grundproblem der Pflegeversicherung

Meine Damen und Herren,
es ist kein Geheimnis, dass der demografische
Wandel erheblichen Druck auf unsere
umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme
ausübt.

Im Jahr 2060 kommen etwa doppelt so viele
Personen im Rentenalter auf eine Person im
Erwerbsalter wie heute.

Wir wissen auch, dass speziell die
Pflegeversicherung deutlich höhere Lasten zu
tragen hat.

Wir alle freuen uns über die steigende
Lebenserwartung – aber sie wird auch die Zahl

der Pflegebedürftigen überproportional vergrößern.

Sind es heute rund 3 Millionen Pflegebedürftige, werden es 2030 schon weit über 3,5 Millionen sein. Später noch viel mehr.

Angesichts dieser Prognosen ist die Umlagefinanzierung in den sozialen Sicherungssystemen nicht mehr tragfähig.

Wenn wir jetzt den Kurs nicht ändern, droht ein weiterer starker Kostenanstieg.

Das überfordert die Beitragszahler und damit auch unsere Unternehmen und unseren Standort.

Fest steht: Die Finanzierung der Pflege ist nicht nachhaltig und läuft strukturell falsch.

Pflegereform der Bundesregierung

Wir brauchen dringend den Systemwechsel!

Den hat die große Koalition aber wieder nicht angepackt.

Stattdessen hat die Pflegereform der Bundesregierung Leistungsausweitungen und

Beitragssatzerhöhungen gebracht, die den Faktor Arbeit weiter belasten.

Das sind nichts anderes als Umverteilungen auf Kosten der jüngeren Generationen.

Die Probleme werden nur in die Zukunft verschoben.

Am Reformbedarf hat sich überhaupt nichts geändert.

Auf diesen zentralen Aspekt der Finanzierbarkeit werde ich mich im Folgenden konzentrieren.

Die vbw beschäftigt sich seit vielen Jahren damit, wie wir die Pflege von morgen zukunftsfest finanzieren können.

Wir wenden uns ausdrücklich nicht dagegen, dass mehr Geld in die Pflege fließt.

Aber wir wenden uns gegen ein System,

- das die Verantwortung für die Finanzierung der Pflege fast gänzlich auf Arbeitnehmer und Arbeitgeber abwälzt,

- keine wettbewerblich organisierten Rahmenbedingungen setzt,
- und damit die Herausforderungen der Zukunft ignoriert.

Die Pflegestärkungsgesetze

Die Pflegestärkungsgesetze haben die Weichen insgesamt falsch gestellt.

Erstes Pflegestärkungsgesetz (PSG I)

Mit dem Ersten Pflegestärkungsgesetz wurde der Beitragssatz in einem ersten Schritt um 0,3 Prozentpunkte erhöht.

Zudem hat es den Pflegevorsorgefonds auf den Weg gebracht.

Dieser ist zwar grundsätzlich richtig gedacht, aber zu niedrig und vor allem nicht vor den Begehrlichkeiten der Politik geschützt – auch wenn das Geld bei der Bundesbank liegt.

Es besteht erfahrungsgemäß immer die Gefahr, dass ein solcher Fonds zweckentfremdet wird.

Zweites Pflegestärkungsgesetz (PSG II)

Auch das Zweite Pflegestärkungsgesetz, das zum 01.01.2017 in Kraft getreten ist, enthält kein Konzept, wie die Pflegeversicherung auf Dauer finanziert werden soll.

Im Gegenteil: Es hat den Beitrag um weitere 0,2 Prozentpunkte erhöht und den Faktor Arbeit abermals belastet.

Besonders die Anhebungen des Beitragssatzes durch die Pflegestärkungsgesetze I und II sehen wir sehr kritisch:

Die Anhebung in zwei Schritten um insgesamt 0,5 Prozentpunkte wird den Faktor Arbeit mit über 6 Milliarden Euro pro Jahr belasten.

Gleichzeitig wurden Leistungsausweitungen beschlossen:

Trotz der Beitragserhöhungen für Versicherte und Arbeitgeber um rund 25 Prozent sollen die Mehreinnahmen gerade einmal für 7 Jahre reichen!

Das allein zeigt, wie dringlich die Diskussion über eine nachhaltige Finanzierung der Pflegeversicherung ist.

Drittes Pflegestärkungsgesetz (PSG III)

Meine Damen und Herren,

das Dritte Pflegestärkungsgesetz, das ebenfalls seit 01.01.2017 in Kraft ist und vor allem die Kommunen stärken soll, sieht auf den ersten Blick „günstig“ aus.

Die Nachweispflichten der Anbieter von Pflegeleistungen wurden jedoch erheblich ausgeweitet.

Das ist ein Fehler! Durch die neuen Nachweispflichten werden Personalkosten im Wesentlichen zu durchlaufenden Posten. Das mindert Anreize zur Kosteneffizienz!

Darüber hinaus lehnen wir ab, dass das PSG III eine Vielzahl neuer Regelungen zur Kontrolle und Überprüfung privater Anbieter eingeführt hat.

Das bringt nur noch mehr Bürokratie und ist ein klarer Angriff auf das private Unternehmertum.

Das ist ganz sicher der falsche Weg, um das System der Pflege in Deutschland aus der Sackgasse zu führen.

Herr Dr. Halldorn wird dazu sicher noch etwas sagen.

Echter Systemwechsel: „Pflegevorsorge“ der vbw

Meine Damen und Herren,

die große Koalition hat große Chancen verspielt:
nämlich den Weg

- weg von der Umlagefinanzierung
- und hin zur Kapitaldeckung in der Pflegeversicherung.

Mit der „Pflegevorsorge“ hat die vbw einen Fahrplan dazu vorgelegt. Er bleibt nach wie vor gültig.

Im Einzelnen sieht unser Modell folgende Eckpunkte vor:

- Die Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Pflegeversicherung werden auf dem heutigen Niveau eingefroren und als

zusätzliches Einkommen an den Beschäftigten ausbezahlt.

- Kosten, die durch den demografischen Wandel und die einhergehende Leistungsdynamisierung entstehen, werden durch eine verpflichtende private Zusatzversicherung abgedeckt.
- Heute bereits Pflegebedürftige erhalten nach wie vor den bisher garantierten Leistungsumfang.
- Um die Versorgung von pflegenahen Jahrgängen, die keinen ausreichenden Kapitalstock aufbauen konnten, sicherzustellen, erhalten diese im Pflegefall staatliche Aufstockleistungen. Diese Leistungen werden über das Steuertransfersystem finanziert.
- Die Aufstockleistungen schmelzen dabei über einen Zeitraum von 20 Jahren ab.
- Um eine finanzielle Überforderung zu verhindern, wird eine Belastungsgrenze eingeführt. Eine daraus resultierende Unterversicherung kann durch die Sozialhilfe

abgedeckt werden, so dass alle Bürger weiterhin die notwendigen Pflegeleistungen erhalten.

Die Vorteile liegen auf der Hand:

- Das Modell ist generationengerecht, da es Vertrauensschutz für die älteren Jahrgänge gewährleistet und junge und zukünftige Generationen nicht übermäßig belastet.
- Das Modell fördert den Wettbewerb zwischen Anbietern und führt zu mehr Effizienz im System, was allen Versicherten zugutekommt.
- Das Modell ist sozialer als das bisherige. Eine Unterversorgung wird durch einen steuerfinanzierten Ausgleich ergänzt, der besser als das Beitragssystem mit Bemessungsgrenze die Leistungsfähigkeit jedes Einzelnen beachtet.

Fachkräftemangel in der Pflege

Zum Schluss noch ein Wort zum Fachkräftemangel in der Pflege.

Da kommen große Probleme auf uns zu!

In unserer vbw Studie „Pflegelandschaft 2030“
haben wir das genauer untersucht:

Sofern nicht gegengesteuert wird, haben wir in
knapp 20 Jahren eine Pflegelücke in Höhe von
rund 740.000 Personen (520.000 Vollzeitäquivalente).

Bereits bis zum Jahr 2020 ergibt sich eine Lücke
in Höhe von rund 380.000 Pflegekräften (268.000
Vollzeitäquivalente).

Den Druck, der dadurch entsteht, können wir
durch

- verbesserte Bildungschancen,
- eine bessere Vereinbarkeit von Familie und
Beruf und
- attraktivere Arbeitsbedingungen

nur bedingt abbauen.

Es ist deshalb klar, dass Deutschland mehr
Zuwanderung von pflegeaffinen Arbeitskräften
braucht.

Schlussappell mit Kernbotschaft

Meine Damen und Herren,

die Einführung der Pflegeversicherung 1995 als umlagefinanziertes System war angesichts der demografischen Entwicklung ein Fehler.

Die ältere Generation wird auf dem Rücken der jüngeren bevorzugt.

Zu einer ehrlichen Betrachtung gehört aber auch, offen zu sagen, dass die staatliche Pflegeversicherung nur etwa die Hälfte des Risikos abdeckt.

Es handelt sich um keine Vollkaskoversicherung.

Etliche Sozialpolitiker suggerieren das aber!

Angesichts der Fakten ist klar:

Wir brauchen ein rücklagefinanziertes System!

Unser Modell „Pflegevorsorge“ ist ein geeignetes Modell für die Übergangsphase – als Pflegeversicherung mit verpflichtender privater Säule.

Die zukünftige Organisation der Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung.

Jetzt brauchen wir endlich den Mut und die Weitsicht, diese Herausforderung auch anzupacken! Die Vorschläge liegen auf dem Tisch.

In diesem Sinne freue ich mich auf den heutigen Kongress und übergebe jetzt das Wort an Herrn Abgeordneten Stracke.

Vielen Dank!